

Geldströme und Umverteilung

„Der Staat muss die Umverteilung korrigieren!“

Das Wirtschaftswachstum komme bei der Bevölkerung noch nicht an, lautet eine Sprachregelung zur Vertuschung der Tatsache, dass der zunehmende Wohlstand anders verteilt wird wie früher: nur noch an die Oberschicht. ÖP-Redakteur Günther Hartmann befragte dazu Prof. Günther Moewes.

ÖP: Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. Wo verläuft eigentlich die Trennungslinie zwischen Gewinnern und Verlierern?

Günther Moewes: In den 80er-Jahren glaubten viele Soziologen, die Zahl der Verlierer werde sich bei 20 % einpendeln, weil sich das noch nicht auf die Wahlergebnisse auswirke. Später korrigierten sie ihre Prognose auf 30 % und nannten das „Zweidrittelgesellschaft“. Doch die Trennungslinie wanderte immer weiter nach oben. Dann kam die Armutsdefinition: Arm sei, wer weniger als 60 % des nationalen Durchschnittseinkommens beziehe. Danach muss ein Armer in einem zehn Mal so armen Land die zehnfache Armut aushalten. Alle diese Definitionen sind recht willkürlich, psychologisierend, und lassen das Tempo der Auseinanderentwicklung außer Acht. Sie sagen mehr über ihre Verfasser aus als über die Ursachen der Ungleichverteilung.

ÖP: Und wo liegt die Trennungslinie heute?

Moewes: Weit oberhalb von 50 %. Inzwischen besitzen in Deutschland die reichsten 10 % der Bevölkerung fast 60 % der privaten Geldvermögen: etwa 3

Inzwischen besitzen die reichsten 10 % der Bevölkerung fast 60 % der privaten Geldvermögen.

Billionen Euro. Nur die können letztendlich noch die internationale Kreditwirtschaft beliefern. Staat und Unternehmen sind bekanntlich kaum noch Kreditgeber, sondern hauptsächlich Kreditnehmer. Die privaten Geldvermögen dieser reichsten 10 % müssen vom Rest der Be-

völkerung mit Zinsen und Renditen bedient werden. Das waren allein 2007 etwa 150–200 Mrd. Euro, die da laut- und leistungslos von unten nach oben umverteilt wurden, 400–500 Mio. Euro pro Tag. Das ist die große, alles beherrschende Umverteilung unserer Zeit. Die wird einfach



Günther Moewes

Jahrgang 1935, war über drei Jahrzehnte Professor für Industrialisierung des Bauens an der FH Dortmund. Seine Forschungsarbeiten für eine nachhaltigere Form des Bauens führten ihn zu einer kritischen Auseinandersetzung mit bestehenden ökonomischen Prozessen und später dann auch mit den daraus resultierenden sozialen Folgen. Als Ursachen der Fehlentwicklungen und heutigen Probleme sieht er vor allem ein falsches Verständnis von Arbeit und Wachstum, sowie bestimmte Mechanismen von Kreditwirtschaft und Finanzmärkten. Neben zahlreichen Artikeln, von denen die meisten auf seiner Website zu finden sind, veröffentlichte er dazu zwei Bücher: 1995 „Weder Hütten noch Paläste“ und 2004 „Geld oder Leben“.

Kontakt:
www.guenthermoewes.de,
moewes.guenther@web.de

totgeschwiegen. Stattdessen versuchen die „Experten“ der großen „Volksparteien“ uns weiszumachen, die lächerlichen 45 Mrd. für „existenzsichernde Maßnahmen“, die der Staat pro Jahr an die von ihm in Armut Gestoßenen „zurückverteilt“, seien die eigentliche „Umverteilung“. – In den 150–200 Mrd. sind die vielen Milliarden für die „Rettung“ der Landesbanken noch gar nicht mit drin.

ÖP: Wie viele Milliarden waren das?

Moewes: Allein für die IKB schon 10 Mrd. Euro – das 35-fache dessen, was Nordrhein-Westfalen für die dringendste Sanierung seiner Straßen braucht. Oder 10.000 Kindergärten. Oder 4.000 Euro für jedes der 2,5 Mio. Kinder unterhalb der Armutsgrenze. Oder die Erhöhung des gesamten Hartz-IV-Regelsatzes auf 420 Euro. Erst hat die staatliche KfW ohne Not für Milliarden 38 % der IKB gekauft, damit sie nicht an eine ausländische Heuschrecke fiel, dann haben die 10 Mrd. Euro der Steuerzahler verzockt und schließlich hat der Staat sie für genau 1 % dieser Summe doch an eine ausländische Heuschrecke verschleudert. Jetzt sagen sie, dass man das alles angeblich vorher nicht wissen konnte. Dabei gab es ja bereits das abschreckende Beispiel der Berliner Landesbank, wegen deren Milliardenverluste das Land Berlin heute noch praktisch pleite ist. Mit seiner simulierten Gutgläubigkeit gegenüber dem außerstaatlichen Finanzsystem steht der Staat innerlich längst auf Seiten der Reichen und Zocker.

ÖP: Aber die vielen kleinen Fondsanleger der Mittelschicht beliefern doch auch die Kreditwirtschaft und verdienen ebenfalls?

Moewes: Die Mittelschicht glaubt fälschlich, sie gehöre zu

den Gewinnern, weil ihre Geldanlagen auch Renditen abwerfen. Tatsächlich zahlen aber die meisten unterm Strich über die Preise weit mehr Zinsen und Renditen nach oben, als sie selbst über ihre Anlagen wieder einnehmen. Die reichsten 10 % profitieren nur. Danach kommen 20 %, bei denen die Renditeverluste noch von der sogenannten „Akkumulation“ überwogen werden, von der ganz normalen Ansammlung ihrer Lebensverdienste. Dann kommen 20 %, die stagnieren, weil hier Renditeverluste und Akkumulation ausgeglichen sind. Und dann kommen die restlichen 50 %, deren Einkommen real von Jahr zu Jahr immer kleiner werden, weil die Renditeleistungen nach oben und die Kaufkraftverluste nicht mehr durch die Akkumulation

Die Mittelschicht glaubt fälschlicherweise, sie gehöre zu den Gewinnern.

ihrer Lebensverdienste ausgeglichen werden. Bei einem Viertel aller Arbeitnehmer sanken die Reallöhne in den letzten zehn Jahren um 14 %. 90 % von denen sind sowieso schon Niedriglöhner. 1,2 Mio. sind sogenannte „Aufstocker“, d.h. der Staat nimmt den Konzernen auch noch Teile der Lohnzahlung ab. All diese Zahlen Deutschlands sind die absolut schlechtesten der EU und haben sich auch während des viel bejubelten „Aufschwungs“ nicht im Geringsten verbessert.

ÖP: Aber Geld fließt doch nicht nur in eine Richtung, sondern hin und her, rauf und runter, kreuz und quer?

Moewes: Doch, unterm Strich fließt das Geld im außerstaatlichen Finanzsystem immer zu Geld, immer von unten nach oben. Immer von denen, die kein Geld zum Anlegen haben, zu denen, die es haben. Und selbst, wenn Anleger mal verlieren, fließt das Geld niemals zu denen zurück, die keins haben. Die ganz unten haben niemanden mehr unter sich, von dem sie nehmen können. Die geben nur. Und die ganz oben haben niemanden mehr über sich, dem sie geben müssen. Die nehmen nur. Deshalb werden die ganz unten immer ärmer und die ganz oben

immer reicher. Und deshalb erodiert die Mitte. Das außerstaatliche Finanzsystem – die „leistungslose Geldvermehrung“, wie ich das nenne – ist eine einzige große Umverteilungsmaschine von unten nach oben. Sie entwickelt eine gewaltige Zentrifugalkraft. Sie treibt die Einkommens- und Vermögensverteilung immer mehr auf die Ränder zu. Nur der Staat kann dieser Tendenz entgegenwirken.

ÖP: Die regierenden Parteien bezeichnen sich aber nach wie vor als „Volksparteien“.

Moewes: Aber ausgerechnet die sogenannten „Volksparteien“, die ja am lautesten nach der Mitte schreien, haben diesen Umverteilungsprozess noch verstärkt statt gebremst. Rot-Grün mit den Hartz-Gesetzen und Frau Merkel mit ihrer Trickle-Down-Theorie, wonach wir „die Starken fördern“ müssen, damit die dann „den Schwachen etwas abgeben“ können. Sie folgen dabei neoliberalen Ideologen, die sich als „Ökonomen“ und „Wissenschaftler“ ausgeben. Die haben angesichts der alles beherrschenden, lautlosen außerstaatlichen Umverteilung von jährlich über 150 Mrd. zu den Millionären und Milliarden nur im Kopf, wie man Lohnzurückhaltung predigen und die sozialen Regelsätze kürzen kann, d.h. bis zu welchem Punkt man den Sozialstaat wohl noch widerstandslos abbauen kann. Rollstuhl statt Prothese oder vorzeitiger Tod statt Nierentransplantation. Irgendwann werden sie auch noch die ersten

Bei einem Viertel aller Arbeitnehmer sanken die Reallöhne in den letzten zehn Jahren um 14 %.

Hungertoten rechtfertigen. Angeblich nutze das der Wirtschaft. Es nutzt aber nicht der Wirtschaft, sondern nur dem privaten Reichtum der oberen 10 %.

ÖP: Aber es gibt doch auch Milliardäre, die sehr viel Vermögen verloren haben.

Moewes: Nach unten aber wohl kaum. Die Geldvermögen der oberen 10 % sind seit 1950

in Deutschland insgesamt immer exponentiell gestiegen, jedes Jahr um 7,5 %. Knapp alle 10 Jahre haben sie sich nominal verdoppelt, knapp alle 14 Jahre real. Wenn Millionäre und Milliardäre mal verlieren, verlieren sie meist nur horizontal an andere Millionäre und Milliardäre.

ÖP: Aber haben nicht alle Aktionäre bei den jüngsten Börsenturbulenzen viel Geld verloren?

Moewes: Nein, das Geld wurde weder „verbrannt“, noch hat es sich „in Luft aufgelöst“ – auch wenn die Medien das immer so bezeichnen. Viele Menschen

Die „Volksparteien“ haben diesen Umverteilungsprozess verstärkt statt gebremst.

denken fälschlich, bei einer Verdoppelung des Kurses habe sich der Wert aller Aktien verdoppelt und wenn dann alle Aktien verkauft würden, bekäme man das Doppelte dafür. Oder wenn sich dann der Kurs wieder halbiert, sei eine Hälfte verbrannt. Das stimmt natürlich nicht, denn je mehr Aktien verkauft werden, desto mehr sinkt der Kurs dann ja auch immer wieder. Bei einer Verdoppelung des Kurses verdoppelt sich nicht der Wert aller Aktien, sondern allenfalls der von den ganz wenigen, die zuerst verkauft werden. Deren Gewinn wird von denjenigen bezahlt, die bei den dann fallenden Kursen zuletzt verkaufen. „Verbrannt“ ist immer nur die eingebildete Gewinnverdoppelung aller Aktien, die es aber niemals gegeben hat. Nach Abschluss der Erstemission wird alles Geld, das verloren wird, immer von irgendjemand anderem gewonnen. Das soll durch das Märchen von der angeblichen „Geldverbrennung“ verschleiert werden. Die Hunderttausende von US-Häuslebauern sollen denken, ihre verlorenen Tilgungen seien durch eine gewissermaßen „naturgegebene“ Immobilienkrise verschwunden. In Wirklichkeit sind sie aber auf den Privatkonten der Reichen. 15 Mrd. Dollar hat allein der Hedge-Fonds von John Paulson

dabei gewonnen. Alle vermeintliche „Geldverbrennung“ ist nur Tarnung der Umverteilung von unten nach oben.

ÖP: Aber verteilt nicht der Staat über seine Sozietats eine Menge wieder zurück?

Moewes: Aber doch nicht von den Reichen! Der private „Mega-Tanker“ der außerstaatlichen, lautlosen Umverteilung fährt lautlos in die eine Richtung – in die andere Richtung fahren ein paar labile staatliche „Sozial-Schlauchboote“, auf denen unter lautem Geschrei immerzu etwas vom einen auf das andere umgeladen wird. Das zieht die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich und lenkt von dem ab, was im Hintergrund wirklich passiert. Geld ist wie eine heiße Flüssigkeit. Die steigt immer nach oben zu Geld. Wenn es hier und da mal eine Verwirbelung gibt, bei der es ausnahmsweise mal punktuell nach unten fließt, ändert das nichts an seiner Hauptwanderungsrichtung, zumindest nicht im außerstaatlichen Bereich: immer von unten nach oben. Sieht man einmal von privaten Spenden und Mäzenatentum ab, kann grundsätzlich nur der Staat diese Hauptwanderungsrichtung umkehren, z. B. über Steuern.

ÖP: Vor kurzem veröffentlichte das Statistische Bundesamt die Meldung, dass die 25 % Reichsten 80 % der Einkommenssteuern zahlen.

Moewes: Das waren die Zahlen von 2004. Das eigentlich Sensationelle daran sind ja nicht die Steuern der Besserverdienenden, sondern die Einkommen der unteren Gruppen: 8,4 Millionen Steuerpflichtige verdienen danach weniger als 500 Euro brutto monatlich. Die unterste Gruppe verdient im Mittel 653 Euro jährlich und zahlt davon im Schnitt noch 15 Euro Steuern, nämlich 2,3 %. Wie viel mehr sollen die denn zahlen, um die Reichen zu entlasten? Dabei sind in dieser Statistik die sogenannten „Geringfügig Beschäftigten“ noch nicht einmal mit drin. Umgekehrt verdienen die reichsten 9.700 Bürger im Durchschnitt 2,74 Mio. Euro jährlich. Die zahlen dann real im Schnitt genau die gleichen 38 % Steuern wie alle, die jährlich nur 130.000 Euro verdienen. Also nicht einmal die 42 % Spitzensteuersatz, die Merz und Westerwelle uns dauernd vorgaukeln. Dabei gibt es in Deutschland 100 Vermögensmilliardäre und 16.000 Einkommensmillionäre. Demgegenüber behauptet das wirtschaftsfreund-

Die Deutsche Bank fordert ihre Kunden zur Spekulation mit Grundnahrungsmitteln auf. Hohe Renditen seien zu erwarten, da die Weltbevölkerung steigt, aber landwirtschaftliche Flächen begrenzt sind. Dass durch die „Investition“ Knappheit und Hunger verschärft werden, scheint niemand zu beunruhigen. Die Agriculture-Euro-Fond-Tüten wurden jedoch nach Protest von Attac aus dem Verkehr gezogen.

liche DIW, die Armut ginge seit 2004 zurück. Ich bezweifle das. Im Übrigen ist nicht die ungleiche Verteilung der Einkommen das größte Problem, sondern die der Vermögen. Und die ist nicht über die Einkommensteuer zu beseitigen, sondern nur über Substanzsteuern, also über Vermögens- und Erbschaftssteuern auf die leistungslos erworbenen Megavermögen.

ÖP: Warum wird das von den Bürgern akzeptiert? Warum wird diese Politik von der Mehrheit der Wähler honoriert?

Moewes: Na ja, bei den Reicheren kann man das ja noch verstehen. Bei denen unterhalb ist das wohl entweder darauf zurückzuführen, dass sie Opfer der allgemeinen Desinformation sind und das glauben, was ihnen täglich über die Medien eingeredet wird, oder aber darauf, dass sie Opfer unterbewusster Mechanismen sind.

ÖP: Was für unterbewusste Mechanismen?

Moewes: Identifikation beispielsweise. Manche – so erklären das einige Soziologen – wollen zumindest am Wahlabend auf der Gewinnerseite sein und wählen deshalb die Partei, die ihrer Meinung nach das Rennen machen wird. So etwas kennt man ja auch von den Lesern der „Yellow Press“ oder von Fußballfans, die sich leidenschaftlich mit ihren erfolgreicher Idolen identifizieren, um ihre eigene Situation zu verdrängen und zu vergessen. Viele wollen die Wahrheit lieber gar nicht wissen und flüchten sich in Scheinwelten.

ÖP: Zurück zur Politik. Was sollte denn anders werden?

Moewes: Auch die heutige Politik sollte den Mut haben, der Wahrheit ins Auge zu sehen, denn sie macht einen schrecklichen Fehler: Sie glaubt, die Wohlstandsverteilung sei Ergebnis von vielen kleinen Einzelmaßnahmen. Sie redet in diesem Zusammenhang noch von „Gestaltung“. In Wirklichkeit sind gewaltige außerstaatliche ökonomische Mechanismen entscheidend, die vor langer Zeit einmal installiert wurden. Die waren zu Anfang harmlos, bekommen aber heute durch das exponentielle Moment eine unerhörte Beschleunigung. Zu diesen Mechanismen gehört das, was ich „leistungslose Geldvermehrung“ nenne: allem voran

die sogenannten „synthetischen Finanzprodukte“ wie Aktien, Derivate, Hedge Fonds, Private Equity. Aber natürlich auch der ganz normale Kreditzins, der in allen Preisen versteckt ist. Dort häuft er sich am Ende über die einzelnen Produktions-, Han-

Nicht die ungleiche Verteilung der Einkommen ist das Problem, sondern die der Vermögen.

dels- und Dienstleistungsstufen zu prozentualen Anteilen bis zu 70 % an, weil ja alle diese Stufen heute kreditfinanziert sind und alle diese Zinsen auf die jeweiligen Folgepreise abgewälzt werden.

ÖP: Sie sprechen immer von „leistungslos“. Ist das Zur-Verfügung-Stellen von Geld denn keine Leistung?

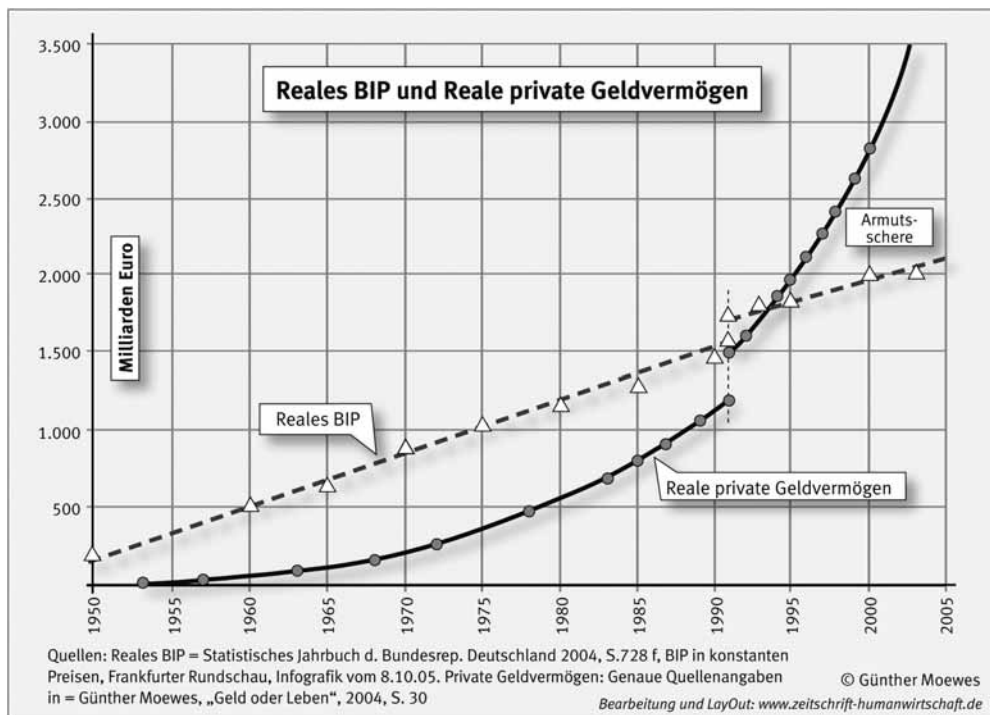
Moewes: Das ist eine alte ökonomische Streitfrage, die schon das 19. Jahrhundert beschäftigt hat. Damals warf man vor allen den Großgrundbesitzern vor, sie arbeiteten und leisteten nichts, sondern kassierten nur aufgrund ihres nicht einmal selbst erwirtschafteten Besitzes. Heute

verdient z.B. der Hedge-Fonds-Manager Paul Johnson mit einer einzigen Wette leistungslos bis zu 3,7 Mrd. Dollar persönliches „Honorar“. Das geht über die Dimensionen des damaligen Großgrundbesitzes weit hinaus. Die Gründer unserer Bundesrepublik scheinen das vorausgeahnt zu haben. Lesen sie mal die bayrische Landesverfassung. Da ist in §168 „leistungslos“ definiert als „arbeitsloses Einkommen arbeitsfähiger Personen“. Das sollte danach „mit einer Sondersteuer belegt werden“. Stattdessen liegt heute die Abgeltungssteuer unter der Einkommenssteuer. Überhaupt sollten Politiker mal öfter in die Landesverfassungen schauen, damit sie merken, wie weit sie sich davon entfernt haben.

ÖP: Privates Kapitalvermögen wird doch gebraucht, um die Liquidität sicherzustellen?

Moewes: Das ist auch so ein Ökonomen-Märchen, Vorwand der Kapitalseite zur Abschöpfung der Arbeitsseite. Bekanntlich werden – je nach Quelle – nur noch 6–20 % des weltweit vagabundierenden Kapitals für die Realwirtschaft benötigt. Der restlichen 80–94 % sind reines Zockerkapital. Es dient längst nicht mehr der Geldversorgung, sondern nur noch der Geldpiraterie. Es dient nicht mehr der Wert-

schöpfung, sondern nur noch der leistungslosen Abschöpfung realer Wertschöpfung. Diese Wertschöpfung wird jedoch nicht durch Geld erbracht, sondern durch Arbeit, sei es von Menschen oder von Maschinen. Wenn die ihren Dienst nicht mehr täten, stünden alle Räder still, egal wie viele Billionen die Reichen haben. Inzwischen löst die unverantwortliche Geldschwemme des Herrn Greenspan ja längst keine Güterschwemme mehr aus, sondern vielmehr Mangel, Krisen und Katastrophen. Die verantwortungslose Kreditschwemme hat die Bankenkrise ausgelöst. Und jetzt lösen die dort schnell abgezogenen paar hundert Milliarden die Lebensmittelkrise aus. Da werden ganze Ernten im Voraus aufgekauft, um eine Verknappung zu erzeugen und die Preise hochzutreiben. Das dient nicht der „Liquidität“ sondern dem schieren Gegenteil. Dabei sind die heutigen Finanzkrisen ja nur schüchterne Vorboten der kommenden, weltweiten, finalen Verteilungskrise. Die äußert sich heute schon auf zwei Arten: Entweder durch immer größeren privaten Reichtum weniger „Oligarchen“ bei gleichzeitig anwachsender Armut von Staat und Bevölkerung. Oder durch riesige Staatsfonds plus „Oligarchen“.



Reales BIP und reale private Geldvermögen sind die Schicksalskurven „reifer“ kapitalistischer Volkswirtschaften. „Real“ bedeutet: inflationsbereinigt. Die Kurve des BIP verläuft real streng linear, die der privaten Geldvermögen dagegen real stark exponentiell. 1993 überholten die privaten Geldvermögen zum ersten Mal real das BIP. Die Armut-Reichtums-Schere begann sich zu öffnen.



Foto: BilderBox

entweder infolge Öl- oder Gasvorkommen oder/und auf Kosten der Bevölkerung. Deutschland gehört zur ersten Gruppe.

ÖP: Aber was soll die Politik denn dagegen unternehmen?

Moewes: Unternimmt die Politik nichts, ist der Marsch in die finale Reichenherrschaft, in die sogenannte „Plutokratie“, nicht mehr aufzuhalten. Wir müssen entweder das außerstaatliche System der „leistungslosen Geldvermehrung“ nach und nach zurückfahren. Oder der Staat muss viel stärker als bisher von den Megareichen zurückverteilen.

ÖP: Die heute gängige Meinung ist ja, der Staat könne nur etwas verteilen, wenn ein ausreichend großes Wirtschaftswachstum vorhanden ist.

Moewes: Das ist die alte Lesart der klassischen Ökonomie-Lehrbücher. Danach dient Wachstum vor allem dazu, Verteilungskämpfe zu vermeiden. Die Arbeitenden sollen auch ein Stück vom Kuchen abbekommen, ohne dass die hohen Renditen der Reichen verringert werden müssen. Den Reichen etwas abzuverlangen, scheint bei uns ein absolutes Tabu zu sein. Laut Statistischem Jahrbuch sind aber die Vermögen der Reichen

seit 1950 – sowohl nominal als auch real – exponentiell gestiegen, das Bruttoinlandsprodukt dagegen nur linear. Beide Kurven entfernen sich deshalb seit etwa 1990 immer weiter voneinander. Folge: Die sozialen Gegensätze werden immer größerer und die Mittelschicht erodiert. Mehr Wirtschaftswachstum würde die Kluft zwischen Reich und Arm wohl eher noch verstärken. Und was bei allen ökonomischen Debatten immer ausgeblendet wird: Bei dem hohen Pro-Kopf-Niveau

Unternimmt die Politik nichts, ist die Reichenherrschaft nicht mehr aufzuhalten.

unserer Volkswirtschaft würde ein hohes Wirtschaftswachstum auch den Energie-, Rohstoff- und Naturverbrauch drastisch erhöhen. Nachhaltiger Umweltschutz wäre dann kaum mehr möglich.

ÖP: Ein Zurückfahren der „leistungslosen Geldvermehrung“ oder ein verstärktes Zurückverteilen durch den Staat ist doch politisch kaum durchsetzbar?

Moewes: Das Problem der zunehmenden Ungleichverteilung ist von einer ähnlichen Dimension wie der Klimawandel. Beide haben letztendlich die gleiche Ursache: das außerstaatliche Finanzsystem, die leistungslose Geldvermehrung. Allerdings ist der Klimawandel noch viel abstrakter: Man kann ihn nicht unmittelbar fühlen oder sehen, höchstens indirekt über die Massenmedien, die über die dadurch ausgelösten Katastrophen berichten. Trotzdem hat sich da was getan. Das hätte doch vor 15 Jahren niemand ernsthaft erwartet. Die Ungleichverteilung kann man dagegen schon heute immer mehr wahrnehmen – ohne besondere intellektuelle und moralische Anstrengung, direkt im Alltag. Deshalb müsste die Akzeptanz für ein Umdenken hier eigentlich leichter zu erzielen sein als beim Umweltschutz.

ÖP: Demoskopien sagen ja aber eher eine schwarz-gelbe Mehrheit voraus. Und die SPD versinkt in Bedeutungslosigkeit.

Moewes: Letzteres, weil Schröder, Clement und Hartz vor allem die Interessen der Reichen und der Konzerne – vor allem der Energiekonzerne – vertreten haben. Oder weil vor kurzem Bundesarbeitsminister Scholz die wissenschaftlich erhobenen Daten seines Armuts- und Reichtumsberichts kräftig schön und teilweise ins Gegenteil verkehren ließ. Und jetzt hat der Agenda-2010-Flügel wieder mal einen Parteivorsitzenden weggemobbt. Ob man der Linkspartei das Wasser abgraben kann, indem man sich immer mehr der CDU nähert, wage ich zu bezweifeln.

ÖP: Also ist die schwarz-gelbe Mehrheit doch unausweichlich?

Moewes: Wir befinden uns ja beim Thema „Ungleichverteilung“ noch weit vor dem heutigen Erkenntnisstadium über den Klimawandel. Da gibt es eben noch kein Potsdamer Klima-Institut, sondern nur den dumpfen Zeitgeist der Neoliberalen. Da sind wir noch im Verdummungsstadium: Da setzt sich Herr Huber im Fernsehen auf einen Strohhaufen (Ex-CSU-Chef Erwin Huber im ZDF-Sommerinterview, d. Red.) und verkündet, die Wohlstandsverteilung sei nicht Sache der Politik, sondern vielmehr „der Anstrengung und Selbstverant-

LITERATUR

Günther Moewes
Geld oder Leben
Umdenken und unsere Zukunft nachhaltig sichern
Signum, 2004,
318 Seiten, 22,90 Euro
987-3-85436-363-7



wortung jedes Einzelnen“. Sollen die Arbeitslosen die fehlenden Arbeitsplätze schaffen? Die Schüler den Bildungsnotstand beseitigen? Schwimmer den Mega-Tanker aufhalten? Bevor die Politik sich nicht von diesem Unsinn freimacht, fährt der munter weiter. Solche Äußerungen zeigen auch, vor welcher Mammutaufgabe wir stehen.

ÖP: Wie kann die Politik verändert werden?

Moewes: Wie seinerzeit beim Klimawandel haben die kleinen

Mehr Wirtschaftswachstum würde die Kluft zwischen Reich und Arm noch verstärken.

Parteien dabei wieder eine Pionierfunktion. Sie können präzisere Ziele formulieren, weil sie nicht ein so großes Kompromiss-Spektrum abdecken müssen. Wie seinerzeit bei der Umweltzerstörung müssen sie auch bei der steigenden Ungleichverteilung so lange den Finger in die Wunde legen, bis die großen Parteien aus Angst vor Stimmverlusten wieder darauf einschwenken müssen. Am Ende müssen dann auch hier neue internationale Standards stehen wie bei Kyoto.

ÖP: Ist nicht eine unverbrauchte Partei, auch wenn sie heute noch klein ist, wesentlich besser für die Umsetzung grundsätzlicher Reformen geeignet als die schwerfälligen und am Spendentropf der Konzerne hängenden „Volksparteien“?

Moewes: Ja, wenn damit keine Rückwärtsreformen gemeint sind wie die „Agenda 2010“ oder die „Rente mit 67“, sondern wirkliche Vorwärtsreformen: Überwinden der Naturzerstörung und der Ungleichverteilung! – Dann wünsche ich Ihnen dabei viel Erfolg!